

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.  
(bzw. 87 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren und 72 Pf. Postbefreiung-  
sbühren. Auslandsabonnentent 8,65 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Zeitung wegen  
höherer Gewalt besteht kein Anspruch  
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Einzelgenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen  
Teils.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag  
8. September 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhof 1 (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 87 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

## Kesseltreiben!

### Antwort an bürgerliche Kritiker der Sozialdemokratie.

In einem Teil der bürgerlichen Presse, den man als linksstehend zu bezeichnen pflegt, geht es seit einiger Zeit festsam zu. Der angekündigte Milliardenregen der Steuergutscheine, das Hauffetreiben an der Börse, die Aussicht auf Rüstungsaufträge und auf bequemere Ausbeutung der Arbeiter — das alles, was die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ so treffend unter dem Namen der kapitalistischen Offensive zusammenfaßt, hat bei nicht wenigen Rändern demokratischer Weltanschauung eine Art von Rauschzustand erzeugt. Mit der Rotverordnung in der einen Hand, dem Rüstungsmemorandum in der anderen, schleicht man sich, flegel schmunzelnd, an Papen heran.

Mit dieser Erscheinung, die für den Kenner eigentlich nicht viel Auffälliges hat, verbindet sich aber auch noch eine andere: In demselben Teil der bürgerlichen Presse findet man jetzt in überraschender Häufung Angriffe auf die Sozialdemokratische Partei. Fahren z. B. die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nach einer vollkommen normal und harmonisch verlaufenen Fraktionsführung nach Hause, so werden ihnen alsbald Zeitungen nachgeschickt, in denen sie mit Erstaunen lesen, was für furchtbare Kämpfe sich in belagter Sitzung abgespielt haben. An einem der nächsten Tage meldet dann ein anderes Blatt derselben Couleur, daß sich das Reichsbanner in vollem Aufstand gegen die Partei befinde. In ausführlicher Breite, mit Ausmalung aller Einzelheiten wird das alles dargestellt und ist höchst spannend zu lesen. Daß kein einziges Wort davon wahr ist, scheint nichts zu verschlagen. Es gibt immer Leute, die es glauben, also erzeugt es Unruhe und erfüllt so seinen Zweck.

Das Bemerkenswerteste an diesen und anderen Angriffen ist, daß sie alle scheinbar „von links“ her erfolgen. Damit soll keineswegs behauptet werden, daß die Redaktionen und Journalisten, die die Sozialdemokratische Partei zum Gegenstand ihrer Kritik machen, sich in allen Fällen bewußt zu Werkzeugen eines Komplotts hergeben. Zweifellos erfolgt die Kritik mitunter auch in bester Absicht und mit dem redlichsten Willen der Welt. Nur daß es leider wenig auf den guten Willen ankommt und desto mehr auf die Wirkung. In bester Absicht und mit dem redlichsten Willen haben diese Herren von der bürgerlichen Presse, die heute ihren Witz an der Sozialdemokratie üben, auch der weiland Demokratischen Partei ihre Ratsschläge erteilt. Nachdem nun dort nichts mehr zu beraten übrig geblieben ist, wenden sie ihre Sorgfalt der Sozialdemokratie zu.

Ja, die Herren sind mit der SPD. unzufrieden, schrecklich unzufrieden! Warum hat sie, als sie noch an der Regierung beteiligt war, nicht so geniale Einfälle gehabt wie die Papen-Regierung? Warum hat sie nicht festgedruff mit dem Belagerungszustand regiert? Warum hat sie ihren Gegnern nicht gezeigt, was eine Härte ist! Und wenn sie jetzt Sozialisierungsanträge einbringt, warum hat sie dann nicht sozialisiert, solange sie „an der Macht war“?

Auf alle diese Fragen könnten die Herren von der bürgerlichen Presse die Antwort mindestens ebenso gut wissen wie wir. Stehen sie doch den Kräften, die in der Zeit unserer Teilnahme an der Regierungsgewalt hemmend wirkten, bedeutend näher! Wenn die Sozialdemokratie in politischen, wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen Fragen oft zum kurztreten genötigt war, so deshalb, weil sie sich mit bürgerlichen, auf dem Boden kapitalistischer Privatwirtschaft stehenden Parteien in die Macht teilen mußte, mit denselben Parteien, zu deren Wahl unsere Kritiker von heute aufgefordert hatten!

Wir sind gegen Kritik keineswegs empfindlich. Aber, wenn wir die Kritiker ernst nehmen sollen, so verlangen wir von ihnen, daß sie sich erst einmal zu uns bekennen und versuchen, in unseren Reihen für Besserung zu wirken. Wenn sie das nicht können oder nicht wollen — aus den verschiedensten Gründen, für die wir menschliches Verständnis haben — so steht ihnen ein hochmütiges Absprechen von oben her nicht an.

Zwischen der steigenden Erwärmung der bürgerlichen Linkspresse für den Papen-Kurs und den gehäuften Angriffen auf die Sozialdemokratie besteht ein innerer Zusammenhang. Wir wiederholen, daß er den Angreifern gar nicht zum Bewußtsein kommen mag — ist dem aber so, so ist das kein Beweis für die Schärfe ihres politischen Urteils.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir in ein paar

## Auf ihrem Rücken!

Auf unserm breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit geklettert. Goebbels im „Angriff“.



Und wer hat sein Stille dazu gehalten?!

## Genosse Rothe im Lazarett.

### Nach siebentägigem Hungerstreik.

Der von der Totskammer des Berliner Sondergerichts zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilte Reichsbannerkamerad Genosse Max Rothe, der aus dem Bewußtsein seiner Unschuld heraus seit dem vergangenen Freitag im Hungerstreik stand, ist ins Gefängnis-Lazarett übergeführt worden.

Beim Genossen Rothe hatte sich gestern sehr starkes Fieber eingestellt. Er phantasierte, und die Gefängnisleitung ordnete deshalb seine Ueberführung ins Lazarett an. Hier wurde die gewalttätige Zufuhr von Nahrung angeordnet, falls Genosse Rothe weiter auf seinem Hungerstreik beharren würde. Max Rothe hat daraufhin nach siebentägigem heldenhaftem Kampfe gegen das ihm nach seiner festen Ueberzeugung zugefügte Unrecht im Zustande völliger Erschöpfung den Hungerstreik einstellen müssen.

Das Befinden des Genossen Max Rothe ist nicht unbedenklich, gibt aber zu ernststen Besorgnissen bei seiner erfreulich kräftigen Körperkonstitution keinen Anlaß.

Die Begründung des am Mittwoch, dem 31. August, ergangenen Urteils, die für das von der Verteidigung in die Wege geleitete Wiederaufnahmeverfahren von der größten Wichtigkeit ist, ging auch gestern dem Vertreter des Genossen Rothe noch nicht zu. Tag für Tag sind von diesen Kammern nach den sondergezeichneten Bestimmungen neue Urteile zu fällen, und es scheint, als ob die Kammer nicht die Zeit habe, der Verteidigung eines in einem mehr als zweifelhaften Falle Verurteilten die Begründung mit der nötigen Beschleunigung zuzustellen!

## Gefängnis für Rassenbewachung.

Das Hirschberger Sondergericht verurteilte einen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, der bei einer

sozialdemokratischen Versammlung die Kasse bewachte und sich zu seinem Schutz einen Schlagring neben die Bank gelegt hatte, zu drei Monaten Gefängnis. Das Gericht erklärte offen, daß es ihm sehr leid tue, diesen milden Fall so schwer ahnden zu müssen, man sei aber an das Gesetz gebunden.

## Die Dunkelfammer.

### Die Arbeitsmarktlage nach dem Bericht der Reichsanstalt.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16.—31. August 1932 waren am 31. August bei den Arbeitsämtern rund 5 225 000 Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem Stand von Mitte August ist diese Zahl um rund 158 000 niedriger. Während der Berichtszeit haben sich die neuen Bestimmungen über die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und über die Abgrenzung des Personenkreises der Arbeitslosen noch weiter ausgewirkt, gleichzeitig hat aber der Arbeitsmarkt einzelner Berufsgruppen auch eine tatsächliche, überwiegend in der Jahreszeit begründete Entlastung erfahren. Welchen Anteil diese verschiedenartigen Einflüsse an der Gestaltung des zahlenmäßigen Gesamtergebnisses haben, entzieht sich der Feststellung.

Am 31. August entfielen auf die Arbeitslosenversicherung rund 698 000, auf die Krisenfürsorge rund 1 298 000 Hauptunterstützungsempfänger. Bei Notstandsarbeiten der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge waren schätzungsweise 65 000 Personen beschäftigt. Im freiwilligen Arbeitsdienst wurden Ende August rund 130 000 tatsächlich beschäftigte Arbeitsdienstwillige gezählt. Die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerblosen, die nach den neuen Grundföhen der Rotverordnung von den Arbeitsämtern anerkannt wurden, belief sich auf rund 2 016 000.

Von den 5 1/2 Millionen Arbeitslosen, die noch zu den Arbeitsämtern gehen, sind nur noch 698 000 oder 13 Proz. von der Arbeits-

Tagen schon wieder in einem Wahlkampf stehen. Da von der bürgerlichen Demokratie so gut wie nichts übrig geblieben ist, da das Zentrum mit den Nazis kühn handelt, die K.P.D. aber für den Wert politischer und sozialer Volksrechte prinzipiell kein Verständnis haben darf, gibt es in Deutschland nur noch eine einzige Macht, die imstande ist, gegen feudale und faschistische Reaktion den Kampf zu führen: das ist die Sozialdemokratische Partei! Diese Macht zu stärken, ist jetzt die gemeinsame Aufgabe aller, die Deutschland nicht als eine großkapitalistische Despotie, sondern als sozialen Volksstaat wollen.

Zur Schärfung der Waffen mag Kritik nützlich und notwendig sein; aber nur dann wird sie heilsam wirken, wenn sie von Begeisterung und Opfermut für die große Sache der kämpfenden Arbeiterklasse und des Sozialismus getragen ist.

Versuche von der bürgerlichen Presse her, durch erfundene Meldungen und scheinradikale Kritik Unruhe und Zerfegung in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei zu tragen, kann nur der für aussichtsreich halten, der die Disziplin und die politische Urteilsfähigkeit ihrer Anhänger nicht kennt!













